Alternative zur Todesstrafe vorgesehen“ ist und dadurch „deren Anwendungsbereich so eng wie möglich gehalten werden“ soll (S. 185). An anderer Stelle des Lehrkommentars ist zutreffend ausgeführt, daß sich der eingeschränkte Anwendungsbereich der Todesstrafe auf einige schwerste Verbrechen gegen die Souveränität der DDR, den Frieden, die Menschlichkeit und die Menschenrechte, auf schwerste Verbrechen gegen die DDR, schwerste Militärverbrechen sowie auf die in § 112 Abs. 2 StGB genannten Fälle des Mordes bezieht (S. 231). Das Oberste Gericht hat im Zusammenhang mit § 112 StGB darauf hingewiesen, daß die Todesstrafe nur ausnahmsweise auszusprechen ist, wenn cjlle entsprechenden Tatbestandsalternativen erfüllt sind¹⁷.

Zur Kommentierung der *Arbeitserziehung* (§ 42 StGB) ist ergänzend darauf zu verweisen, daß das Präsidium des Obersten Gerichts in seinem Urteil vom 24. September 1969 die Anwendungsvoraussetzungen der Arbeitserziehung präzisiert hat¹⁸.

§ 43 StGB ermöglicht neben § 44 StGB und den Rückfallbestimmungen des Besonderen Teil des StGB eine konsequente *Bestrafung und Bekämpfung wiederholter Straffälligkeit* bzw. häufiger Tatbegehung. Im Kommentar wird zutreffend hervorgehoben, daß § 43 StGB eine „Kann“-Vorschrift ist. Es genügt also nicht, daß die formellen Voraussetzungen des Tatbestandes erfüllt sind. Das Gericht hat zu prüfen, ob unter Berücksichtigung der objektiven und subjektiven Umstände der Tat — wie Art und Weise ihrer Begehung, ihre Folgen, Art und Schwere der Schuld — der Ausspruch einer Freiheitsstrafe notwendig ist. Die untere Grenze der nach § 43 au&zusprechenden Freiheitsstrafe beträgt grundsätzlich sechs Monate. Es sind aber Fälle denkbar, in denen ausnahmsweise nach § 40 Abs. 2 StGB eine Freiheitsstrafe für die Dauer von drei bis sechs Monaten ausgesprochen werden kann. In diesen Fällen muß besonders begründet werden, warum keine Strafe ohne Freiheitsentzug ausgesprochen wurde¹⁹.

Das StGB enthält gegen Rückfalltäter ein differenziertes System verschiedener Maßnahmen bis zu der Möglichkeit des Ausspruchs hoher Freiheitsstrafen und trägt damit auch gegenüber solchen Tätern dem Grundprinzip der sozialistischen Gerechtigkeit Rechnung. Zutreffend geht der Kommentar davon aus, daß § 44 StGB — sofern die anderen in dieser Norm genannten Voraussetzungen vorliegen — gegen hartnäckige Rückfalltäter angewendet wird, deren wiederholte Straffälligkeit auf grundsätzlicher Mißachtung der sozialistischen Gesetzmäßigkeit beruht und Ausdruck bewußter Negierung aller gesellschaftlichen Bemühungen zu ihrer Umerziehung ist (S. 192). Zuzustimmen ist der Kommentierung auch darin, daß § 44 nur Anwendung finden kann, wenn ein konkreter innerer Zusammenhang zwischen Vortat und erneuter Straffälligkeit besteht und die Vorstrafen damit ihren Niederschlag in der Tatschwere der erneuten Handlung finden. Soweit im Lehrkommentar jedoch ausgeführt wird, daß trotz „Vorliegens eines inneren konkreten Zusammenhanges... die Anwendung von § 44 z. B. auch verneint werden (kann), wenn... sich Anhaltspunkte für eine teilweise auch positive Veränderung in der Lebensweise des Täters zeigen“ (S. 192), ist das Urteil des Präsidiums des Obersten Gerichts vom 15. Oktober 1969 zu beachten, in dem es u. a. heißt, daß im wesentlichen gute Arbeitsleistungen innerhalb einer kur-

Zen Zeit nichts an einer sonst vorliegenden negativen Gesamteinschätzung zu ändern vermögen²⁰. Die Anwendung des § 44 StGB setzt voraus, daß die erneute Straftat Ausdruck der Fortsetzung eines böswilligen Sichhinwegsetzens des Täters über die ihm mit den Vorstrafen erteilten gesellschaftlichen Lehren bzw. der hartnäckigen Mißachtung der Gesetze ist. Also können nicht einzelne Fakten losgelöst von der Gesamtentwicklung des Täters die Entscheidung darüber bestimmen, ob — bei Vorliegen der anderen gesetzlichen Voraussetzungen — die Bestimmung des §44 anzuwenden ist oder nicht.

Eine Voraussetzung der Anwendung des § 44 StGB ist, daß der Täter bereits mindestens zweimal wegen Verbrechens gegen die Persönlichkeit, Jugend und Familie, das sozialistische, persönliche oder private Eigentum, die allgemeine Sicherheit oder die staatliche Ordnung bestraft ist. Die Vortat i. S. des § 44 muß sowohl nach dem alten als auch nach dem neuen StGB ein Verbrechen sein. Ein Verbrechen als Vortat liegt deshalb immer nur dann vor, wenn der Täter wegen einer der im § 44 bezeichneten, vor dem 1. Juli 1968 begangenen vorsätzlichen Handlungen mit Zuchthaus von mehr als zwei Jahren bzw. — wenn ein Verbrechen gegen das Leben vorlag — mit Zuchthaus von mindestens einem Jahr bestraft worden war²¹.

In der Kommentierung wird dargelegt, daß beim Ausspruch einer Hauptstrafe von über zwei Jahren Freiheitsentzug wegen eines vorsätzlichen und eines fahrlässigen Vergehens gemäß § 64 Abs. 1 und 3 StGB kein rückfallbegründendes Verbrechen i. S. des § 44 StGB vorliegt (S. 190). Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist ergänzend darauf hinzuweisen, daß beim Ausspruch einer Hauptstrafe von über zwei Jahren für eine vorsätzliche und eine fahrlässige Straftat entgegen dem Kommentar (S. 241) der Gesamtkomplex der Straftaten nicht immer Vergehenscharakter behält. Erfolgt eine Verurteilung wegen in Tatmehrheit begangener vorsätzlicher und fahrlässiger Straftaten und wird eine Hauptstrafe von über zwei Jahren ausgesprochen, so muß im Urteilstenor immer deutlich gemacht werden, ob die vorsätzlichen Handlungen den Charakter von Verbrechen oder Vergehen haben. Fallen mehrere vorsätzliche Handlungen zusammen und wird eine Hauptstrafe von über zwei Jahren ausgesprochen, so ist zu kennzeichnen, ob die einzelnen Handlungen den Charakter eines Verbrechens oder eines Vergehens haben. Darüber hinaus ist zu beachten, daß die einzelnen Handlungen für sich betrachtet nur Vergehen sein könnten, aber insgesamt gesellschaftsgefährlichen Charakter haben und daher in ihrer Gesamtheit ein Verbrechen darstellen²².

Die Ausführungen im Lehrkommentar zur *Straf-aussetzung auf Bewährung* (§45 StGB) gehen richtig vom Zweck dieser Maßnahme aus. Leider gibt es aber keine Hinweise auf die Ausgestaltung des Erziehungs- und Bewährungsprozesses mit Hilfe der in § 45 Abs. 3 StGB vorgesehenen Maßnahmen nach der Entlassung des Verurteilten aus dem Strafvollzug. Das Gericht hat dafür zu sorgen, daß die gesellschaftlichen Kräfte sowie die betrieblichen und staatlichen Leitungen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, damit der Verurteilte in Zukunft seine Pflichten als Bürger der DDR gewissenhaft erfüllen kann, insbesondere die sozia-

17. OG, Urteil vom 14. Februar 1969 — 5 Ust 69/68 — (NJ 1969 S. 310).

18. OG, Urteil vom 24. September 1969 — X Pr — 15 — 6/69 — (NJ 1969 S. 678).

19. Vgl. Ziff. 10 des Berichts des Präsidiums an die 22. Plenartagung des Obersten Gerichts, NJ 1969 S. 270 f.

20. OG, Urteil vom 15. Oktober 1969 - 1 Pr — 15 - 7/69 — (NJ 1969 S. 710).

21. OG, Urteil vom 15. Oktober 1969, a. a. O.; vgl. ferner Peckermann, „Bestrafung bei wiederholter Straffälligkeit“, NJ 1969 S. 175 ff.

22. vgl. OG, Urteil vom 16. April 1969 - 5 Ust 12/69 - (NJ 1969 S. 712); vgl. ferner Ziff. 3.3. der Richtlinie Nr. 27 des Plenums des Obersten Gerichts über den Erlaß von Haftbefehlen, die Haftbeschwerde und die Haftprüfung (NJ 1969 S. 456).